



Kopper, Nonnenmacher

HSH NORDBANK

Teurer Abschied

Die Staatsanwaltschaft Hamburg will offenbar gegen alle im Dezember 2007 amtierenden Vorstände der HSH Nordbank Anklage wegen Untreue erheben. Den damals für die Ressorts Kapitalmarkt und Finanzen zuständigen Vorständen Jochen Friedrich und Dirk Jens Nonnenmacher droht zudem eine Anklage wegen Falschdarstellung der Unternehmensverhältnisse, wie aus Ermittlerkreisen durchsickerte. Grund: die Verwicklung in das Geschäft „Omega 55“ Ende 2007. Der hochriskante Wertpapier-Deal hatte in der Jahresbilanz des mehrheitlich den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gehörenden Instituts zunächst mit 334 Millionen Euro zu Buche geschlagen.

Besonderes Erstaunen bei den Ermittlern erregt vor diesem Hintergrund der Aufhebungsvertrag für Nonnenmacher, der ein Jahr nach dem „Omega“-Deal zum Vorstandschef aufstieg. Der Vertrag räumt dem Ende März dieses Jahres auf Drängen der Anteilseigner ausgeschiedenen Banker große Privilegien ein – auch und gerade im Fall einer Anklage: „Es wird klar-

stellend festgehalten, dass die Tatsache einer etwaigen künftigen Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft gegen Prof. Dr. Nonnenmacher für sich genommen die Gesellschaft nicht zur Rückforderung der Leistungen berechtigt.“ Zwar sieht die vom Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper unterzeichnete Vereinbarung eine Ausnahme vor, allerdings unter zahlreichen Einschränkungen. So müssen neue Erkenntnisse vorliegen, und zwar binnen zwei Jahren. Ausdrücklich ausgeschlossen sind alle Feststellungen, die schon die internen Ermittler der Anwaltssozietät Freshfields zu „Omega 55“ vorgelegt hatten. Aus dem Vertrag gehen auch die Endzahlungen an Nonnenmacher hervor: Als „erfolgsabhängige Tantieme“ gab es, laut Aufhebungsvereinbarung, 1,8 Millionen Euro für die Zeit bis März 2011. Für die Zeit danach bekam Nonnenmacher zur „Abgeltung aller vertraglichen Ansprüche“ noch einmal 2,13 Millionen Euro zugesagt. Außerdem übernahm die HSH „die im Zusammenhang mit dieser Aufhebungsvereinbarung entstandenen steuerlichen und anwaltlichen Beratungskosten bis zu einem Betrag von 85 000 Euro“. Ab Oktober 2015 darf Nonnenmacher weitere 1,5 Millionen Euro kassieren. Diese Summe hatte ihm im Juni 2009 der damalige Aufsichtsratschef Wolfgang Peiner als Altersversorgung zugesichert, plus 1,4 Millionen Euro Sofortzahlung.

AFGHANISTAN-ABZUG

SPD warnt Westerwelle

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) setzt in der Afghanistan-Politik den Konsens mit der SPD aufs Spiel. Mit seiner Weigerung, einen konkreten Plan für den Beginn des deutschen Truppenabzugs zu nennen, verstößt er nach Auffassung der Sozialdemokraten gegen die Bedingungen, unter denen sie eine Verlängerung des Mandats Anfang des Jahres



Bundeswehrsoldaten in Afghanistan

unterstützt hatten. „Entscheidend dafür, ob die SPD einer weiteren Verlängerung des Mandats zustimmt“, sagt SPD-Fraktionsvize Gernot Erler, „ist die Frage, ob die Ankündigungen der Bundesregierung verbindlich sind und umgesetzt werden.“ Bis Ende 2011 müssten erste Einheiten der Bundeswehr in Afghanistan reduziert werden. Auch das SPD-Präsidiumsmitglied Martin Schulz mahnt die Koalition, „sich sehr genau zu überlegen, ob sie den breiten Konsens gefährden will, den der Einsatz gegenwärtig hat“.